

Redebeitrag Norbert Bakenhus, Fraktionsvorsitzender der Ratsgruppe „Grün & Drei“ im Gemeinderat am 16.12.24 zur Entscheidung des Verwaltungsausschusses zum „Bürgerbegehren Grundschule Mellendorf“

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger.

Das ist heute kein guter Tag für die Bürgerbeteiligung und die Demokratie in der Wedemark.

Die HAZ hat kürzlich noch getitelt „Mellendorf bekommt seine Grundschulwahl“.

Ja, genau darum geht es. Die Eltern, die Lehrer und mehr als 4.000 Unterstützerinnen und Unterstützer dieses Bürgerbegehrens haben klar gemacht, dass sie darüber mitentscheiden wollen, was aus der Grundschule Mellendorf wird.

Wir sind der Meinung: Die Menschen in Mellendorf und in der Wedemark sollten diese „Grundschulwahl“ bekommen.

Wir sind enttäuscht, dass mehrheitlich beschlossen wurde, das Bürgerbegehren mit formalen Argumenten zu kippen.

§ 32 Abs. 2 NKomVG regelt sehr klar, worüber ein Bürgerbegehren und ein Bürgerentscheid zulässig sind und worüber nicht. Diese gesetzlichen Voraussetzungen sind im Fall des Bürgerbegehrens zur Grundschule Mellendorf eindeutig erfüllt.

Alles andere sind juristische Kommentare, Betrachtungen, Bewertungen und Zitate aus Gerichtsentscheidungen zu

irgendwelchen anderen Bürgerbegehren, die es irgendwann irgendwo mal gegeben hat. Deshalb füllt der Kommentar zum NKomVG auch 1.000 Seiten.

Und diese Kommentare und Bewertungen sind eben NICHT immer eindeutig.

Mit dem konkreten Fall hat das nur wenig zu tun.

Die Kommunalaufsicht hat nur gesagt, dass die Bedenken der Gemeinde nachvollzogen werden können. Sie hat nicht gesagt, dass eine Ablehnung zwingend ist.

Man hätte also auch zu einer anderen rechtlichen Bewertung kommen können, wenn man es gewollt hätte.

Ob dieser Beschluss rechtmäßig ist, das werden nun voraussichtlich Gerichte klären müssen – Ausgang offen.

Aber was für ein Signal senden wir damit an die Menschen? Es sagt doch: „Eure Mühe war umsonst. Eure Stimme zählt hier nicht.“

Ob es so schlau ist, dieses Thema damit ins nächste und womöglich übernächste Jahr, also bis zur Kommunalwahl zu ziehen, müssen die Beteiligten für sich selbst beantworten.

4.000 Unterschriften bedeuten 12.000 Stimmen bei einer Kommunalwahl. Denken Sie einmal daran, wie viele persönliche Stimmen Sie bei der letzten Wahl bekommen haben. Diese Zahl dürfte bei fast allen von uns deutlich darunter liegen. Wollen wir wirklich riskieren, dass diese Menschen sich fragen, warum sie überhaupt noch wählen oder sich engagieren sollten, wenn sie mit ihrem Einsatz so abgewiesen werden?

Nur zur Erinnerung:

Es war eine rot-grüne Landesregierung, die seinerzeit die Anforderungen an Bürgerbegehren bewusst gesenkt hat. Damit sollte dieses wichtige Instrument der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie gestärkt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist noch nicht lange her, da sind wir gemeinsam auf Demos für die Werte der Demokratie eingetreten – und gegen Politikverdrossenheit, von der ja immer die profitieren, die diese Demokratie verachten und am liebsten abschaffen wollen.

Heute haben Sie eine Entscheidung getroffen, die genau dieser Politikverdrossenheit weiter Vorschub leistet.

Wir als Grüne und auch als Ratsgruppe haben uns von Anfang an ganz bewusst NICHT für die eine oder andere Variante ausgesprochen. Wir haben immer wieder versucht, konstruktive Wege aufzuzeigen. Wir haben Sanierungsgutachten gefordert, um die Faktenlage zu klären.

Wir haben eine Elternbefragung vorgeschlagen und ein Schadstoffgutachten beantragt – all das wären Maßnahmen gewesen, die die Diskussion versachlicht und Vertrauen geschaffen hätten.

Leider sind diese Brücken immer wieder ungenutzt geblieben.

Doch Weihnachten steht vor der Tür – und vielleicht ist genau jetzt der Moment, innezuhalten und darüber nachzudenken, ob wir wirklich die richtige Botschaft senden. Vielleicht gibt es noch einen Weg, dieses Bürgerbegehren nicht einfach abzulehnen, sondern den Menschen zu zeigen, dass ihr Engagement willkommen ist und ernst genommen wird.

Ich appelliere an Sie: Lassen Sie uns das Vertrauen der Menschen nicht leichtfertig verspielen. Lassen Sie uns die Demokratie stärken, indem wir die Menschen mitnehmen, statt sie auszugrenzen. Demokratie bedeutet, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu arbeiten, nicht gegen sie.